

Sitzung des Gemeinderates am 12. Dezember 2011

TOP 1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 21. November 2011 wurde folgender Beschluss gefasst, der gemäß § 35, Absatz 1, der Gemeindeordnung hiermit bekannt gegeben wird:

Die Ergebnisse der durchgeführten Bewertung aller Stellen im Rathaus und den Außenstellen wurde zur Kenntnis genommen und über deren Umsetzung Beschluss gefasst.

TOP 2: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erläutert in seiner Haushaltsrede, dass der Zufluss an Finanzmitteln im Verlauf der letzten Jahre und insbesondere in der Folge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008/2009 stark abgenommen habe. Nur durch ein rechtzeitiges Entgegensteuern und der notwendigerweise erfolgten Anpassung bei den kommunalen Steuern und Gebühren konnten größere Einbrüche im Haushalt vermieden werden. Zudem musste versucht werden, Ausgaben einzusparen und vorgesehene Projekte zeitlich zu verschieben. Im Jahr 2010 sei es Gemeinderat und Verwaltung gelungen, die beinahe ausweglos erscheinende Situation erfolgreich zu meistern. Dazu habe nicht nur das Ausgabenverhalten beigetragen, sondern auch die unerwartet eingegangenen Steuereinnahmen, bedingt durch die zwischenzeitlich eingesetzte Erholung der Konjunktur. So habe das Haushaltsjahr 2009 mit einer umgekehrten Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt gegenüber der ursprünglichen Planung mit „nur 200.000 Euro“ doch noch zu einem guten Ende geführt werden können. Im Jahr 2010 sei es dann wieder möglich gewesen, einen Überschuss zu erwirtschaften, und auch das Jahr 2011 scheine aufgrund unerwarteter Gewerbesteuererinnahmen nicht ganz aus dem Ruder zu laufen. Und dies trotz der im Nachtragshaushalt 2011 berücksichtigten Mehrausgaben bei der Gebäudeunterhaltung und dem erhöhten Investitionsaufwand für die Errichtung der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“.

Dennoch werde der Gesamthaushalt im nächsten Jahr um einen Betrag von rund 1 Million Euro nicht ausgeglichen werden können. Dieser Betrag werde aus der Rücklage entnommen werden müssen. Der einzige Hoffnungsschimmer sei hierbei, dass bei der konkreten Haushaltsplanung die Eckdaten des neuesten Haushaltserlasses des Landes Baden-Württemberg noch nicht berücksichtigt werden konnten, die eine ganz erfreuliche Tendenz bei den Steuereinnahmen und Zuweisungen erwarten lassen. Weitere mögliche Entlastungen bieten die Kreisumlage, die um einen halben Prozentpunkt gesenkt werden soll, und der Kleinkindlastenausgleich 2012, der für die Gemeinden deutlich verbessert wird, so dass mit einer Nettoentlastung von mindestens 250.000 Euro zu rechnen sei.

Seit einigen Jahren sei man darum bemüht, die gemeindliche Verschuldung im kamerale Haushalt stetig zurückzuführen, hebt Bürgermeister Kappenstein hervor, Bis zum Jahresende 2012 werde sich die Verschuldung voraussichtlich auf 350.000 Euro belaufen, was einer Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt von 27,44 Euro entspricht. Bei weiterhin planmäßiger Tilgung müsste die Gemeinde im Jahr 2016 schuldenfrei sein.

Anschließend nennt Bürgermeister Kappenstein ein paar konkrete Zahlen, die den Haushalt 2012 bestimmen: Die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes belaufen sich auf insgesamt rund 26,6 Millionen Euro. Im Verwaltungshaushalt gelte es wieder, einige Unterhaltungsmaßnahmen zu stemmen, beispielsweise den Einbau von Feuerschutztüren in der Grundschule und die Sanierung des Turnhallenflachdaches mit insgesamt 115.000 Euro, Sanierungen in der Neurottschule und die Erneuerung eines Duschbereichs in der Schulturnhalle mit zusammen 160.000 Euro; die Erneuerung der Böden im Kindergarten „Villa Pustebblume“ wird mit 30.000 Euro und die Sanierung der Brücke an der Grillhütte mit weiteren 60.000 Euro zu Buche schlagen. 400.000 Euro sind für die Dachsanierung

des Johanneskindergartens vorgesehen. Für die Unterhaltung der Ortsstraßen stehen 200.000 Euro im Ansatz, die Flachdachsanierung des Rheinhallen-Foyers werde mit 100.000 Euro angenommen, die Betonsanierung der Terrasse im Freibad werde mindestens 50.000 Euro Haushaltsansatz erforderlich machen und für die Unterhaltung der Gemeindewohnhäuser seien 230.000 Euro eingeplant.

Im Vermögenshaushalt belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben auf rund 1,9 Millionen Euro, die auf Maßnahmen entfallen wie die Bezuschussung von Investitionsmaßnahmen der Vereine in Höhe von 255.000 Euro, die Anschaffung von technischem Gerät für die Feuerwehr in Höhe von 43.000 Euro, die Anschaffung verschiedener Maschinen und Fahrzeuge für den kommunalen Bauhof mit 30.000 Euro und Zuschüsse zum Landessanierungsprogramm mit 160.000 Euro. Für den Bau eines neuen Kiosks im Freibad stehen 65.000 Euro und für das Anlegen von Grabfeldern 70.000 Euro im Ansatz.

Ein Ausgleich des Gesamthaushaltes lasse sich nur durch eine Rücklagenentnahme von rund 1 Million Euro darstellen.

Gemeinderat Helmut Schmid (CDU) führt in seiner Stellungnahme aus, dass die CDU Ketsch in ihren zurückliegenden Wahlprogrammen wiederholt die Linie verfolgt habe, dass die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen Vorrang vor neuen Projekten habe. In dieser Hinsicht blicke man mit Neugier in den Haushaltsplan 2012, wo vom nochmaligen Schultern erheblicher Ausgaben zu lesen sei. Es sei keine Frage, dass die Maßnahmen, die ausgabebedingten Investitionen beziehungsweise Ersatzbeschaffungen von der CDU mitgetragen werden. Seien es die laufenden Kosten zum Beispiel für die Feuerwehr, seien es die Investitionen in der Alten Schule oder der Neurottschule: Sie sind es wert, die laufende Haushaltspolitik zu begleiten. Kultur- und Vereinsarbeit finden finanzielle Unterstützung, Zuschüsse an die Volkshochschule und an die Musikschule ebenso wie die Unterhaltung der Gemeindebücherei. Ein Sorgenkind werde wohl, auch hineinragend bis in die Haushaltsauswirkungen 2012, der Kindergarten in der Kolpingstraße sein. Die Kassenwirksamkeit der veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sei mit einem Fragezeichen versehen worden. In Ketsch gelte es, die mit der Verwaltung vorzunehmende Zukunftsplanung, die meist von allen Fraktionen mitgetragen werde, in den Mittelpunkt der Ratsarbeit zu stellen. Beim Rechenschaftsbericht werde kritisch nachgeschaut, beim Haushaltsplan werde konstruktiv beschieden.

Gemeinderat Hans-Peter Rist (SPD) vergleicht den Haushaltsplan 2012 mit dem des Jahres 2011: Auf den ersten Blick habe sich für die Gemeindefinanzen kaum etwas verändert, und doch haben sich die Verwaltung unter Federführung des Kämmerers und der Gemeinderat viele Gedanken gemacht, wo gespart werden kann und muss und wo mehr Geld fließen wird. Der Haushaltsplan 2012 sei das Ergebnis intensiver Beratungen und ein Konzept für die Gemeindefinanzierung in Form von baulichen Unterhaltungsmaßnahmen und der zukünftigen Gemeindeentwicklung. Als Beispiel nennt Gemeinderat Rist unter anderem den Ausbau von Kindergartenplätzen, Kernzeit und Hortbetreuung. Hier konnte durch die Einbindung von Postillion e.V. erreicht werden, dass sich die Schließtage von 25 auf 15 verringern und sich das Angebot an Hortplätzen von 20 auf 50 mehr als verdoppelt, wobei gleichzeitig die Kosten pro Platz von 3.900 Euro auf 3.200 Euro sinken. Obwohl die Eckzahlen der Haushaltspläne 2011 und 2012 ähnlich sind, fährt Gemeinderat Rist fort, gebe es im Detail doch deutliche Unterschiede, beispielsweise werde erstmals ein Zuschussbetrag von 188.500 Euro zum Erhalt der Buslinien fällig. In der Summe werden 2,2 Millionen Euro für die Unterhaltung der Grundstücke und für bauliche Anlagen veranschlagt, fast eine Verdoppelung gegenüber den durchschnittlichen Ausgaben der vergangenen Jahre. Die SPD-Fraktion sei jedoch sicher, dass diese Erhöhung notwendig und zu diesem Zeitpunkt auch sinnvoll ist. Wegen ihrer absoluten Größe erwähnenswert sei der Zuschussbedarf für die Bäder in Höhe von 860.000 Euro. Auch der Schwerpunkt im Bereich Betreuung und Bildung werde deutlich auf der Ausgabenseite erkennbar. Für die Schulen seien Ausgaben in Höhe von 1,55 Millionen Euro und für die Kindergärten Zuschüsse in

Höhe von fast 2 Millionen Euro geplant. Es sei vernünftig und wichtig, speziell die Altersgruppe der unter 21-Jährigen so zielgerichtet und umfassend zu fördern und zu qualifizieren, dass die jungen Menschen als Zukunftsträger heranwachsen können. Hierbei dürfe man sich von nervenaufreibenden Rückschlägen wie sie beim Bau des neuen Kindergartens aufgetreten sind, nicht abhalten lassen, betont Gemeinderat Rist.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) beschreibt den Haushaltsplan 2012 als einen Haushaltsplan, der auf die Reserven zurückgreift. Es stehe außer Frage, dass weiterhin gespart werden muss. Nachfolgend nennt Gemeinderat Kurbiuhn einige Zahlen des Verwaltungshaushaltes, unter anderem den Zuschussbedarf für die Bücherei in Höhe von 232.400 Euro. Bei der Seniorenwohnanlage in der Gassenäckerstraße werde bei Ausgaben von 282.100 Euro ein Zuschussbedarf von 60.700 Euro erwartet. In der Seniorenwohnanlage in der Dossenheimer Straße werde bei Gesamtausgaben von 261.900 Euro von einem Zuschussbedarf von 63.900 Euro ausgegangen. Gemeinderat Kurbiuhn führt des Weiteren aus, dass bei der Grundsteuer A und B Einnahmen von 1.558.000 Euro und bei der Gewerbesteuer 4 Millionen Euro und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer 5.675.000 Euro erwartet werden. Bei den Ausgaben steige die Kreisumlage auf 3.750.000 Euro, die Gewerbesteuerumlage sinke auf 837.000 Euro und die Finanzausgleichsumlage steige auf 2.700.000 Euro.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) kommt zunächst darauf zu sprechen, dass sich die Einwohnerzahl in Ketsch mit 16 Personen Zuwachs kaum verändert habe. Die Gemeinde hätte mehr Zuwachs verdient. Erfreulich sei zu vermerken, dass sich die Steuerkraftmesszahl seit 2010 um 6,6 Prozent erhöht hat. Sehr positiv sei auch, dass eine notwendige Kreditaufnahme nicht in Sicht ist. Der Haushalt 2012 werde, wie nicht anders zu erwarten war, durch den Posten Grundstücksunterhaltung und bauliche Anlagen über Gebühr beansprucht. Es wäre schön, wenn es in der Zukunft gelingen würde, in diesem Bereich haushalterisch eine größere Stabilität zu erreichen, unterstreicht Gemeinderat Völker und fügt hinzu, dass dies jedoch ein langfristiges Ziel sei. Im Bereich Straßenunterhaltung seien rund 43 Prozent Mehrkosten ausgewiesen. Auch hier wäre mehr Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit gewünscht.

Aus Sicht der FDP/KL-Fraktion gebe es keinen Spielraum für besondere Ausgabengroßzügigkeiten. Die Konjunkturrisiken der nächsten Jahre seien nicht zu übersehen, daher müsse das Ziel einer schuldenfreien Gemeinde Vorrang haben.

Alle Fraktionen sprechen dem Kämmereiamt und Kämmerer Gerd Pfister ihren Dank für das umfangreiche und übersichtliche Zahlenwerk aus.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat die Haushaltssatzung 2012 und genehmigt den Haushaltsplan 2012 mit sämtlichen Anlagen.

TOP 3: Wirtschaftsplan des Wasserversorgungsbetriebes 2012

Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass der vorliegende Entwurf des Wirtschaftsplanes des Wasserversorgungsbetriebes dem Stand der Beratungen nach der Finanzausschusssitzung entspricht und nennt die Planansätze: Der Erfolgsplan ende im Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben mit 864.000 Euro; der Vermögensplan belaufe sich in den Einnahmen und Ausgaben auf 605.500 Euro. Die Wassergebühr bleibe konstant bei 1 Euro pro Kubikmeter.

Gemeinderat Rainer Fuchs (CDU) schildert, dass sich auf der Einnahmenseite, im Vergleich zum Rechnungsergebnis von 2010, nur geringfügige Veränderungen ergeben. Bei den Ausgaben falle auf,

dass im Vergleich zu 2010 fast 60.000 Euro mehr für Materialaufwand in den Ansatz gebracht sind. Dies sei unter anderem durch eine sorgfältige Planung bedingt, da man hier von einem höheren Bezugspreis für Frischwasser ausgegangen ist. Im Vermögensplan seien Kreditaufnahmen in Höhe von 500.000 Euro eingeplant, davon 50.000 Euro für die Baumaßnahme Hockenheimer Straße und 150.000 Euro für andere Erweiterungen des Versorgungsnetzes. Dadurch steigen die Zinsaufwendungen auf 36.000 Euro. Der geplante Jahresgewinn reduziere sich auf 25.500 Euro. Dies zeige, dass der Betrieb wirtschaftlich und kostendeckend arbeitet.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) merkt an, dass die Planzahlen im Großen und Ganzen mit denen des Vorjahres zu vergleichen seien. Wenn sich der Trend der Stabilisierung des Wasserverbrauchs weiter fortsetzt, werde auch der Wasserpreis gleichbleiben können. Vermehrte Reparaturen- und Sanierungsarbeiten von Versorgungsleitungen können aber durchaus zu Gebührensteigerungen führen.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) erklärt, dass beim Wasserverkauf an die Tarifabnehmer Einnahmen in Höhe von 833.000 Euro und bei der Betriebskostenumlage an den Zweckverband 382.500 Euro erwartet werden. Der Schuldenstand des Wasserversorgungsbetriebes werde sich zum Jahresanfang 2012 auf 1.019.475 Euro belaufen.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) gibt seine Stellungnahme für den Tagesordnungspunkt 3 und 4 ab: Bezüglich des Wirtschaftsplanes Wasserbetrieb seien keine Besonderheiten zu vermelden. Dasselbe gelte im Grundsatz für den Wirtschaftsplan Abwasserbetrieb.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat den Wirtschaftsplan des Wasserversorgungsbetriebes der Gemeinde Ketsch für das Wirtschaftsjahr 2012.

TOP 4: Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes

Bürgermeister Kappenstein nennt auch hier die Planansätze: Der Erfolgsplan habe Einnahmen und Ausgaben in einem Gesamtbetrag von 1.869.800 Euro, der Vermögensplan habe Einnahmen und Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.177.000 Euro.

Gemeinderat Rainer Fuchs (CDU) sagt, dass der Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes im Erfolgsplan von gleichen Umsatzerlösen wie 2011 ausgehe. Ein Jahresverlust von 44.300 Euro sei eingeplant, der aus dem Haushalt der Gemeinde auszugleichen ist. Auffallend sei, dass in 2012, wie auch in 2011, von deutlich höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgegangen wird, diese seien insbesondere für Unterhaltungsmaßnahmen geplant. Im Vermögensplan seien weitere Kreditaufnahmen in Höhe von 800.000 Euro vorgesehen, die größtenteils für die Baumaßnahme in der Hockenheimer Straße benötigt werden.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) macht deutlich, dass sich mit der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr die Gebührenberechnung ändern werde. Für 2011 habe man die bisherige Gesamtgebühr von 2.45 Euro je Kubikmeter nochmals als Ausgangspunkt genommen. Durch die dem Gebührenzahler gutzuschreibende Überdeckung aus dem Jahre 2010 werde sich die Gebühr 2012 zwar geringfügig erhöhen, aber nicht so stark wie ohne diese Überdeckung. Eine weitere Erhöhung werde daher 2013 notwendig sein. Wie beim Frischwasser werden auch beim Abwasser weitere Sanierungsmaßnahmen an der Kanalisation geplant werden müssen, um eine geregelte Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Diese Kosten werden ebenfalls in die Gebührenkalkulation mit einfließen müssen.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) erläutert, dass sich der Schuldenstand des Abwasserbetriebes am Kreditmarkt zum Jahresende 2012 auf 3.346.359 Euro belaufen werde, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 262,33 Euro entspricht.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) hat beim Tagesordnungspunkt 3 bereits Zustimmung zum Tagesordnungspunkt signalisiert.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat den Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes der Gemeinde Ketsch für das Wirtschaftsjahr 2012.

TOP 5: Vergabe der Stromkonzession und Abschluss des Stromkonzessionsvertrages

Bürgermeister Kappenstein berichtet, dass am 30. November 2012 der Stromkonzessionsvertrag der Gemeinde mit der EnBW Regional AG, Ettlingen, ausläuft. Gemäß der erfolgten Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger vom 23. Juni 2010 konnten sich Interessenten bis 31. März 2011 bei der Gemeinde melden und bewerben. Um das Auswahlverfahren bei Vorliegen mehrerer Interessensbekundungen transparent und diskriminierungsfrei zu gestalten, habe der Gemeinderat in seiner Sitzung am 4. April 2011 sieben Auswahlkriterien vorab festgelegt. Diese Kriterien seien den Bewerbern mit Schreiben vom 5. April 2011 bekannt gegeben worden.

Folgende gleichwertige Auswahlkriterien seien für die Entscheidung maßgebend gewesen, wer künftig Stromkonzessionsvertragspartner sein wird:

1. Welcher Bewerber bietet die günstigsten Netznutzungsentgelte für die Kunden in der Gemeinde
2. Welcher Bewerber bietet der Gemeinde die besten Folgelastenregelungen bei Veränderungen der Verteilanlagen
3. Welcher Bewerber unterhält Arbeitsplätze vor Ort
4. Welcher Bewerber räumt der Gemeinde bei einer Laufzeit des Vertrages von 20 Jahren ein Sonderkündigungsrecht nach 10 Jahren ein
5. Welcher Bewerber wird voraussichtlich die höchsten Gewerbesteuerzahlungen leisten
6. Welcher Bewerber hat den besten Notdienst bei Ausfällen und die schnellsten Reaktionszeiten
7. Welcher Bewerber bietet voraussichtlich die größte lokale und regionale Wertschöpfung

Derjenige Bewerber, der die meisten Kriterien erfüllt, soll den Zuschlag erhalten. Verhandlungsgrundlage war mit allen Bewerbern der Musterkonzessionsvertrag des Gemeindetages Baden-Württemberg. Vier Interessenten haben sich beworben: Stadtwerke Speyer GmbH, Technische Werke Ludwigshafen AG, EnBW Regional AG, Ettlingen, und MVV Energie AG, Mannheim.

Seitens der Gemeindeverwaltung wird erläutert, dass den Bewerbern diskriminierungsfrei der Zugang zu den netzrelevanten Daten für eine sachgerechte Beurteilung und Bewerbung zur Verfügung gestellt worden sei. Alle Bewerber hatten ausreichend Zeit, ihre Interessensbekundungen darzulegen. Auch habe die Verwaltung jederzeit für Gespräche und Fragen der Bewerber zur Verfügung gestanden. Die Mitbewerber seien rechtzeitig über ein Schreiben des bisherigen Konzessionsnehmers informiert worden, dass aufgrund von § 12 des bestehenden Konzessionsvertrages bei einem Übergang des Stromnetzes auch Personal zu übernehmen sei. Eine Gleichbehandlung der Bewerber sei jederzeit gewährleistet gewesen.

Im Ergebnis sei festzustellen, dass die MVV Energie AG, Mannheim, von den sieben Kriterien sechs erfüllt und damit zwei Punkte vor dem nächsten Mitbewerber liegt. Da alle Kriterien die gleiche Gewichtung erfahren, werde die Konzession somit an die MVV Energie AG, Mannheim, zu vergeben sein. Um dem Transparenzgrundsatz Rechnung zu tragen, werden alle Mitbewerber über die Auswahlentscheidung auch dahingehend informiert, welche Kriterien nicht erfüllt wurden.

Gemeinderat Thomas Franz (CDU) betont, dass man es sich bei den Auswahlkriterien nicht leicht gemacht habe, da es sich um einen Vertrag handelt, der für den langen Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen werden soll. Voraussetzung seien objektive Kriterien gewesen, wobei über jeden Punkt intensiv diskutiert worden sei.

Gemeinderat Hans-Peter Rist (SPD) bedauert, dass nach Jahren der guten Zusammenarbeit der Vertrag mit der EnBW auslaufe, die immer ein zuverlässiger Partner gewesen sei. Hierfür gelte es, Dank zu sagen. Gleich vier Konzerne haben sich um den Stromkonzessionsvertrag beworben, woraus man sehen könne, dass Ketsch ein interessanter Partner für die Anbieter ist. Auch mit der Vergabe des neuen Stromkonzessionsvertrages werde gewährleistet sein, dass jeder Verbraucher mit einem modernen Stromnetz versorgt wird und auch in Zukunft seinen Energielieferanten selbst wählen kann.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) sagt, dass in der Klausurtagung das Für und Wider der Angebote erörtert worden sei. Die MVV Energie AG erfülle die meisten Punkte der Auswahlkriterien, daher sei es richtig, mit ihr den Stromkonzessionsvertrag abzuschließen. Dieter Mummert dankt, namens der FWV-Fraktion, der EnBW Regional AG für die gute Zusammenarbeit.

Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) bringt seine Meinung zum Ausdruck, dass gegen die sieben Auswahlkriterien und gegen die Wahl der MVV Energie AG vor den anderen Bewerbern nichts einzuwenden sei. Bezüglich der Technik und ihren Folgen habe man bei den Bewerbern jedoch nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Die EnBW Regional AG sei zwar ein zuverlässiger, sicherer Energielieferant mit einem guten Energiemix von CO₂-freiem Atomstrom und Wasserkraft gewesen, jedoch habe die Gesellschaft heute mehr als 8 Milliarden Euro Schulden und suche einen neuen Geschäftsführer, der den Konzern neu ausrichten muss. Die MVV Energie AG stehe besser da, denn in Mannheim werde zurzeit ein Kohlekraftwerksblock von immerhin 9 Megawatt gebaut, dies sei im Hinblick auf die CO₂-Emission sicher nicht wenig.

Bei 3 Enthaltungen ergeht folgender mehrheitlicher Beschluss: Die Stromkonzession für die Gemeinde Ketsch wird nach Bewertung der Bewerbungen anhand der Auswahlkriterien ab dem 1.12.2012 an die MVV Energie AG, Mannheim, vergeben. Grundlage der Vergabe ist der Entwurf des Stromkonzessionsvertrages, dessen endgültige Fassung jedoch einer weiteren Beratung und Beschlussfassung des Gemeinderates vorbehalten bleibt. Der Beschluss kann erst vollzogen werden, wenn die Voraussetzungen nach § 121, Abs. 2, GemO, vorliegen.

TOP 6: Neufassung der Abwassersatzung / Einführung der gesplitteten Abwassergebühr

Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass die Gemeinden aufgrund eines Gerichtsurteils des VGH Baden-Württembergs vom 11. März 2010 verpflichtet seien, die Abwassergebühr künftig in eine so genannte Schmutzwassergebühr und eine Niederschlagswassergebühr zu trennen und erinnert daran, dass der Weg zu dieser gesplitteten Abwassergebühr mühsam und nur unter Mitwirkung der Bürger möglich gewesen sei.

Anschließend werden die neuen Gebührensätze erläutert: Mit der gesplitteten Abwassergebühr müssen erstmals die Gesamtkosten der Abwasserbeseitigung auf die Bereiche Schmutzwasser- und Niederschlagswasserbeseitigung aufgeteilt werden. Für die Schmutzwasserbeseitigung sei wie bisher die Abwassermenge der Gebührenmaßstab, bei der neuen Niederschlagswassergebühr sei die

befestigte Fläche maßgebend. Die Gebührenberechnung gelte rückwirkend für das Jahr 2011. Bei rückwirkenden Gebührenfestsetzungen sei das Verbot rückwirkender Gebührenerhöhung zu berücksichtigen. Dies bedeute, dass die Gebühren unter den Gebührenzählern zwar anders verteilt werden dürfen, aber nur auf der Kostenbasis der bisher erhobenen Gebühr. Und diese betrage 1.412.130 Euro.

Die neue Kalkulation der gesplitteten Abwassergebühr ab 2011 sehe gebührenfähige Kosten in Höhe von 1.593.161 Euro vor. Damit liege man über den für die bisherigen Gebühren maßgebenden Kosten; es gäbe also eine unzulässige rückwirkende Gebührenerhöhung. Deshalb habe man die kalkulierten Gebühren mit einem Kostendeckungsgrad von 88,6 Prozent multiplizieren müssen – mit dem Ergebnis, dass die festzusetzenden Gebühren geringer als kalkuliert ausfallen. Die Schmutzwassergebühr ermäßigt sich von bisher 2,45 €/cbm auf 2,24 €/cbm bei einem Abwasseranfall von 576.393 cbm. Die neue Niederschlagswassergebühr betrage 0,16 €/qm bei einer Kalkulationsfläche von 750.000 qm. Damit entstehe für das Jahr 2011 voraussichtlich ein Verlust, der sich allerdings erst bei einer Nachkalkulation nach dem Jahresabschluss 2011 endgültig beziffern lässt und der in den Folgejahren gemäß Beschlusslage des Gemeinderates auszugleichen ist.

Aus der Gebührenberechnung für das Jahr 2012 ergebe sich eine Schmutzwassergebühr in Höhe von 2,27 €/cbm und eine Niederschlagswassergebühr von 0,18 €/qm. Dabei sei eine Gebührenüberdeckung aus dem Jahr 2010 in Höhe von 139.048,02 Euro berücksichtigt worden. Wenn sie verbraucht ist, müsse 2013 eine weitere Gebührenanpassung erfolgen.

Gemeinderat Rainer Fuchs (CDU) merkt an, dass sich für jeden Haus-, Grundstücks- oder Wohnungsbesitzer mit der gesplitteten Abwassergebühr – trotz des verursachten Wirbels im Vorfeld – nicht so viel ändere wie einerseits befürchtet oder andererseits erhofft worden sei. Das bisherige Prinzip werde beibehalten, der Gebührentzahler müsse die anfallenden Kosten tragen. Dies gelte auch für die Kosten zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr, die in den Kalkulationen der nächsten Jahre auftauchen werden. Gemeinderat Fuchs dankt der Verwaltung für die gute Vorarbeit: Ein Gutachten wurde erstellt, in dem jedes Grundstück aus der Luft fotografiert und die versiegelte Fläche ermittelt wurde. Dann wurde dem jeweiligen Eigentümer ein Bescheid zugestellt. Allein die Kosten für dieses Gutachten belaufen sich auf rund 60.000 Euro. Hinzu kommen etliche Arbeits- und Überstunden bei der Gemeinde, denn die Bürgerinnen und Bürger hatten erheblichen Informationsbedarf.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) schließt sich den Dankesworten seines Vorredners an und unterstreicht, dass Grundlagen für die Neuberechnung geschaffen werden mussten. Dies sei keine leichte Aufgabe gewesen, da sehr viele Unstimmigkeiten aus dem Weg geräumt werden mussten. Die Teilung der Gebühren soll, laut VGH, eine gerechtere Verteilung der Gebühren mit sich bringen. Über die Gesamtausgaben für den einzelnen Gebührentzahler könne man noch keine genauen Angaben machen. Dies werde sich erst bei der ersten Gebührenabrechnung zeigen. Im Allgemeinen dürften sich die Kosten für einen normalen Haushalt nicht sonderlich verändern, sicher sei jedoch, dass Besitzer von stark versiegelten Grundstücken stärker zur Kasse gebeten werden.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) hebt hervor, dass es für den Gewerbebereich Sinn mache, dass das an der Kanalisation abgegebene Oberflächenwasser auch bezahlt werden muss. Sicher sei, dass die Umstellung der gesamten Gebührenberechnung einen immensen Kostenaufwand für die Kommunen darstellt. Auch der Gebührentzahler müsse diese Kosten schultern. Dennoch habe das VHG-Urteil auch etwas Positives: Wer als Privatperson die Möglichkeit hat, das anfallende Oberflächenwasser auf seinem Grundstück zur Versickerung bringen zu können, spare ein bisschen Geld, helfe der Umwelt und auch der Kommune, Kosten zu sparen.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) kommentiert, dass die rückwirkende Umstellung zum 1.1.2011 aus gebührenrechtlichen Gründen keine Mehrbelastung bedeuten durfte. Eine individuelle

Kostengleichheit herzustellen sei natürlich nicht möglich. So sei die Rückrechnung auf die Gesamtzahlen aller Bürger durchgeführt worden; insofern seien individuelle Mehr- und Minderbelastungen wahrscheinlich. Eine zum 1.1.2012 wirksam werdende Erhöhung sei nicht der „neuen“ Berechnungsmethode geschuldet, sondern entspreche in modifizierter Form einer auch sonst in dieser Gesamthöhe notwendigen Erhöhung. Es sei festzuhalten, dass die Verwaltung in den zurückliegenden Monaten eine vorbildliche Mammutarbeit mit dieser Umstellung geleistet habe. Hierfür gelte es zu danken.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Die Abwassergebühren werden rückwirkend ab 1. Januar 2011 getrennt für die auf den Grundstücken anfallende Schmutzwassermenge (Schmutzwassergebühr) und Niederschlagswassermenge (Niederschlagswassergebühr) erhoben.
2. Die Schmutzwassergebühr beträgt ab 1. Januar 2011 2,24 €/cbm. Ab dem 1. Januar 2012 beträgt die Gebühr 2,27 €/cbm.
3. Die Niederschlagswassergebühr beträgt ab 1. Januar 2011 0,16 €/qm. Ab dem 1. Januar 2012 beträgt die Gebühr 0,18 €/qm.
4. Die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung-AbwS) tritt rückwirkend zum 1.1.2011 in Kraft.
5. Den in der Verwaltungsvorlage eingehend dargestellten Grundlagen zur Ermittlung der Gebührensätze wird zugestimmt.
6. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Berechnungsgrundlagen und -arten wird zugestimmt.

TOP 7: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Auftragsvergabe für Innentüren

Bürgermeister Kappenstein unterstreicht, dass es mit dem Bau der neuen Kindertagesstätte vorangehe, dass aber dennoch einige Aufträge zu vergeben seien. Seitens der Gemeindeverwaltung wird erläutert, dass in der Kindertagesstätte Innentüren/Türblätter mit Zargen aus beschichtetem Holz benötigt werden. In den bereits im selben Stil gebauten Einrichtungen seien Türzargen aus nur leicht beschichtetem Naturholz verwendet worden, die sich durch die ständige Nassreinigung verzogen haben und aufquollen sind. Dies möchte man nun vermeiden. Für den Auftrag habe nur eine Firma ein Angebot abgegeben. Die Firma Vogel habe bereits die Innenwände gemacht und stets Wert auf Qualität gelegt.

Gemeinderat Achim Reister (CDU) merkt an, dass dieses Thema bewegt und dass immer wieder Fragen kommen, wann der Neubau fertig sein wird. Für die Unvorhersehbarkeiten der vergangenen Monate habe niemand etwas dafür gekonnt. Nun könne man hoffen, dass dieses Bauvorhaben bald zu einem Ende gebracht wird. Die Firma Vogel sei bekannt und es sei begrüßenswert, auf alte Bauvorhaben zurückzugreifen, um nicht dieselben Fehler noch einmal zu machen.

Bürgermeister Kappenstein hebt hervor, dass Ketsch seiner Zeit voraus sei: Die gesetzliche Verpflichtung für die Betreuung von Unterdreijährigen bestehe erst ab 2013. Die Chancen stehen gut, dass das Projekt „Villa Sonnenschein“ Ende Januar abgeschlossen werden könne. Bis dahin seien die Kinder, dank gutem Personal, im Kindergarten „Villa Pustebume“ untergebracht, so dass es keine Engpässe gebe.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) kommentiert augenzwinkernd: „Keine Sitzung ohne Sonnenschein“ und macht dann deutlich, dass dies dem Zeitplan geschuldet sei und weil sich immer wieder neue

Mängel ergeben haben. Die Gemeinde habe keine andere Wahl als mehr Geld in die Hand zu nehmen, denn Ziel müsse es sein, einen tauglichen Kindergarten übergeben zu können. Auch Bürgermeister Kappenstein unterstreicht dies: „Qualität vor Schnelligkeit“.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) und Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) signalisieren Zustimmung.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, den Auftrag für die Lieferung und Montage der Innentüren an die Firma Helmut Vogel aus Wörth zu deren Angebotspreis in Höhe von 50.499,46 Euro inklusive Mehrwertsteuer zu erteilen. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 8: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Auftragsvergabe für Deckenverkleidung

Die Gemeindeverwaltung erläutert, dass für die Installation der Deckenverkleidungen ursprünglich zwei Angebote eingeholt worden seien. Die beiden Firmen waren beziehungsweise sind noch an den anfänglichen Bauarbeiten beteiligt. Das günstigste Angebot für die 324 Deckenplatten habe die Firma Vogel unterbreitet. Das Angebot belaufe sich auf 34.690,88 Euro inklusive Mehrwertsteuer. Auf eine Anregung aus den Reihen des Gemeinderates hin seien die Deckenplatten auf ihre akustische Wirksamkeit überprüft worden. Es habe sich herausgestellt, dass es durchaus einen Nachholbedarf gebe und Verbesserungen möglich sind. Die Schallschutzmaßnahmen seien als Nachtrag von der Firma Vogel mit einem Gesamtpreis in Höhe von 32.115,13 Euro inklusive Mehrwertsteuer angeboten worden.

Gemeinderat Achim Reister (CDU) begrüßt es, dass beide Arbeiten von derselben Firma gemacht werden, vielleicht lasse sich dadurch zeitlich der ein oder andere Tag herausholen.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) hebt die Wichtigkeit der Schallschutzmaßnahmen hervor. Nichts wäre schlimmer als das Gebäude fertigzustellen und dann Nachbesserungen vornehmen zu müssen.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) hofft, dass durch die schnelle Beschlussfassung die Bauarbeiten zügig und termingerecht durchgeführt werden.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) stimmt ebenfalls zu.

Der Auftrag für die Deckenverkleidungen mit Schallschutzmaßnahmen wird einstimmig an die Firma Vogel zu deren Angebotspreis von 66.806,01 Euro inklusive Mehrwertsteuer vergeben. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 9: Ausscheiden von Frau Gemeinderätin Carmen Gaa aus dem Ratsgremium

Bürgermeister Kappenstein drückt sein Bedauern darüber aus, dass Gemeinderätin Carmen Gaa mit Schreiben vom 17. Oktober 2011 mitgeteilt habe, dass sie nach 20-jähriger Zugehörigkeit zum 22. Januar 2012 aus dem Gemeinderat ausscheiden möchte. Diese Möglichkeit sei laut § 16 der Gemeindeordnung gegeben, wenn ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt. Ein solcher Grund liege vor, da Gemeinderätin Gaa mehr als 10 Jahre dem Gemeinderat angehört und ihr Wissen eingebracht hat. Die Verabschiedung von Gemeinderätin Gaa sei im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung am 23. Januar 2012 vorgesehen, ebenso die Verpflichtung des nachrückenden und im Wahlvorschlag der CDU festgestellten Ersatzbewerbers.

Gemeinderat Thomas Franz (CDU) hebt hervor, dass das Ausscheiden von Gemeinderätin Gaa aus dem Gremium ein Verlust sei. Dennoch sei der Wunsch nachvollziehbar und daher müsse man mit einem weinenden Auge zustimmen.

Auch Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) findet es schade und betont, dass mit Gemeinderätin Gaa ein engagiertes und beliebtes Mitglied den Rat verlässt.

Gemeinderätin Susanne Scheer-Müller (FWV) bedauert es ebenfalls, dankt für die gute Zusammenarbeit und macht deutlich, dass 2 Jahrzehnte eine lange Zeit und mit viel Engagement verbunden seien.

Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) wünscht Gemeinderätin Gaa alles Gute.

Einstimmig wird dem Antrag von Frau Carmen Gaa (CDU) auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat zum 22. Januar 2012 entsprochen. Das Vorliegen eines wichtigen Grundes i.S.d. § 16 Gemeindeordnung (GemO) wird festgestellt.

TOP 10: wird an das Ende der Sitzung verlegt

TOP 11: Berichte des Bürgermeisters

- Bürgermeister Kappenstein kündigt an, dass am Sonntag, 8. Januar 2012, um 11 Uhr in der Rheinhalle der Neujahrsempfang der Gemeinde stattfindet. Zu dieser Veranstaltung sei die Bevölkerung herzlich eingeladen.
- Bürgermeister Kappenstein informiert darüber, dass die Ausführung der beschlossenen Schulwegbeleuchtung nach Brühl und Schwetzingen, laut Auskunft der beauftragten Firma, Anfang des neuen Jahres vorgesehen sei. Die Radwegleuchten werden in der zweiten Kalenderwoche geliefert und sofort montiert.
- Des Weiteren gibt Bürgermeister Kappenstein bekannt, dass am Mittwoch, 14. Dezember, die Seniorenweihnachtsfeier im Haus der Begegnung stattfindet, zu der die Gemeinde herzlich einlädt.
- Abschließend berichtet Bürgermeister Kappenstein, dass in der Zeit vom 6. Dezember 2011 bis 29. Februar 2012 eine geophysikalische Untersuchung zum Aufsuchen von Kohlenwasserstoffen – Vorkommen von Erdöl und Erdgas – im Erlaubnisfeld Neulußheim durchgeführt wird. Die Gemeinde Ketsch sei davon im südlichen Gemarkungsteil betroffen. Ketsch habe gegenüber der Firma eine klare Aussage getroffen, dass im bebauten Bereich nichts untersucht werden darf, sondern nur in den freien Feldern, wobei die Firma aber mit jedem Grundstückseigentümer Kontakt aufnehmen und um Zustimmung bitten müsse.

TOP 12: Anfragen der Gemeinderäte

Die Anfragen der Gemeinderäte beziehen sich auf folgende Sachverhalte:

- Fahrverbot auf dem Friedhof
- Fehlende Firmenschilder im Gewerbegebiet
- Holzpfähle mit Farbmotiven
- Private Hinweisschilder
- Geschwindigkeitsbeschränkung sichtbar machen

TOP 13: Anfragen der Sitzungsbesucher

Aus den Reihen der Sitzungsbesucher wird zu folgendem Thema eine Anfrage gestellt:

- Realisierung des Bebauungsplans Bruchrain

TOP 10: Ehrung von Bürgerinnen und Bürgern für häufigen Besuch von Gemeinderatssitzungen

Bürgermeister Kappenstein informiert, dass es im Jahr 2011 – ohne der aktuellen Sitzung – zehn öffentliche Gemeinderatssitzungen gegeben habe. Die häufigsten Besucher mit Teilnahme an allen zehn Sitzungen waren die Eheleute Behrens, Herr Erwin Schwab und Herr Hans Trapp. Neunmal anwesend waren Herr Herbert Hüpsel, Herr Manfred Nastainczyk, Herr Werner Scholz, Herr Burkard Seifert und Herr Dalibor Slavik. An acht Sitzungen nahmen Herr Willi Dörr, Herr Christian Eberle, Herr Hermann Eberle und Herr Kurt Mitsch teil. Bürgermeister Kappenstein freut sich über das rege Interesse an der Arbeit des Gemeinderates und am Gemeindegeschehen, dankt den treuen Sitzungsbesuchern, auch im Namen des Gemeinderates, und überreicht ihnen ein Präsent.

Zum Abschluss der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres nutzt Bürgermeister Kappenstein die Gelegenheit, dem Gemeinderat für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit zu danken. Im Jahr 2011 habe es nicht nur erfreuliche Beratungspunkte gegeben, sondern man habe auch über Dinge beschließen müssen, die weh taten. Dies habe dem Gremium Flexibilität abverlangt und oftmals habe man über den eigenen Schatten springen müssen. Für das Jahr 2012 wünscht sich Bürgermeister Kappenstein ein ruhigeres Fahrwasser, um das Gemeindegeschiff auf Kurs zu halten.